

Bruch will Gemeinden nichts diktieren

Der rheinland-pfälzische Innenminister setzt bei der Verwaltungs- und Kommunalreform auf die Mitbestimmung der Bürger und politischen Konsens

Die Landesregierung setzt bei der Kommunal- und Verwaltungsreform auf den „größtmöglichen Konsens“. Im Interview mit unserer Zeitung betont Innenminister Karl Peter Bruch, dass er Bürger und Politiker aller Couleur mitbestimmen lassen will, denn die Reform müsse „bis 2025 oder 2030 Bestand haben“.

RHEINLAND-PFALZ. In rund vier Wochen legt der rheinland-pfälzische Innenminister Karl Peter Bruch einen Vorschlag der Landesregierung für Veränderungen in der kommunalen Landkarte vor. Etliche Verbandsgemeinden werden darin benannt, die sich einen Partner suchen sollen. Wie er die Reform konkret gestalten will, verrät der Minister im Interview.

Was genau wollen Sie im März vorstellen?

Wir werden eine Kann-Liste, eine Vorschlagsliste, präsentieren, in der wir einigen Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern aufzeigen, dass sie Handlungsbedarf haben. Der ergibt sich aus der demografischen Entwicklung; weniger Bürger gleich weniger Umlage gleich weniger Geld für Schulen und anderes. Auch die Bürger machen Druck, wenn sie zu Recht verlangen, dass Bewegung in die Sache kommt. Wir müssen

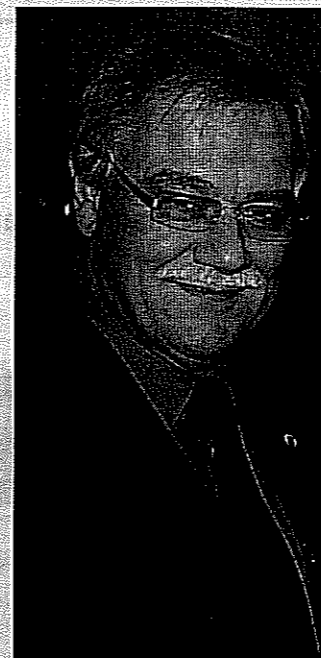
deshalb Einheiten bilden, die Zukunft haben und in denen sich die Bürger wiederfinden.

Warum setzen Sie zunächst auf die Freiwilligkeit bei geplanten Fusionen von Verbandsgemeinden?

Ich bin ja kein Diktator. Ich bin ein kollegialer und kein hoheitlicher Minister. Ich habe niemanden einbestellt, sondern die Bürgermeister sind bei uns vorstellig geworden. Weil sie erkannt haben, dass sie aus eigenem Interesse heraus handeln müssen. Zusätzlich helfen wir mit finanziellen Anreizen. Neumagen-Dhron ist ein Musterbeispiel und wird sicherlich ebenso von einer Hochzeitsprämie profitieren wie Cochem.

Werden Sie bei der Ausgestaltung der Landkarte konkrete Vorgaben machen?

Ich hoffe auf die Einsicht der Verantwortlichen und ihre lokale Kompetenz. Ich fordere ihre Mitwirkung heraus. Die Kreisgrenzen sind gesetzt, aber wenn Gemeinden das anders sehen, werden wir das prüfen müssen. Nicht nur Fusionen sind ein Mittel. Bei Bitburg und Bitburg-Land oder Wittlich und Wittlich-Land heißt das Stichwort etwa „ein Rathaus“, also Kooperation. Dadurch sinken Sach- und Personalkosten. All das soll



Der Innenminister von Rheinland-Pfalz, Karl Peter Bruch, will bei der Kommunalreform nicht diktatorisch vorgehen. Freiwilligkeit ist oberstes Prinzip. ■ Foto: Harry Braun

freiwillig geschehen. Erst ab 2014 werden wir jene mit einer gesetzlichen Regelung bewegen, die sich nicht bewegt haben.

Wie wollen Sie die Bürger einbinden?

Es gab bereits eine breite Bürgerbeteiligung mit Bürgerkongressen und Planungszellen im letzten Jahr.

Derzeit bereitet die Staatskanzlei eine repräsentative Bürgerbefragung vor, bei der 10 000 Haushalte gezielt angesprochen werden. Zusätzlich wird es eine Online-Befragung geben. Eine solche Bürgerbeteiligung auf Landesebene hat es in Deutschland noch nicht gegeben.

Sie fokussieren sich bei der Reform auf die Verbandsgemeinden. Warum nur diese?

Die Ortsgemeinden sind für uns gesetzt, denn die dort geleistete ehrenamtliche Arbeit ist unbezahlbar. Die ersten Ansprechpartner für die Bürger sitzen direkt vor Ort. Davon ausgehend, muss die Verwaltung dem Ehrenamt helfen. Die Verbandsgemeinden werden also gebraucht. Gemeinden, die handlungsfähig bleiben wollen, brauchen allerdings in etwa eine Größe von mindestens 10 000 Einwohnern.

Was ist mit den Kreisen?

Wir können eine solche Reform nicht stemmen, indem wir alles auf den Kopf stellen. Deshalb konzentrieren wir uns auf die Verbandsgemeinden. Über die Kreise reden wir sicher auch, aber erst ab 2014.

Die Opposition behauptet, die Ministerialbürokratie biete hohes Einsparpotenzial. Dort gebe es zu viele Stellen.

Das ist einfach und schnell dahergesagt. Das sagt jede Opposition, ich habe es wahrscheinlich damals auch behauptet, die Realität sieht jedoch anders aus.

Wie steht es mit den Mittelbehörden, also der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion (ADD) und den Struktur- und Genehmigungsdirektionen (SGD)? Warum bleiben diese Behörden bei der Reform außen vor?

Sie bleiben gar nicht außen vor. Hier gibt es Änderungen bei den Aufgaben. Außerdem fangen wir ja nicht bei null an. Wir haben die Mittelbehörden von 1996 bis 2000 neu strukturiert. Das ist in sich schlüssig und funktioniert gut. Die kommunale Landschaft hat sich beruhigt. Allerdings sind noch Dinge zu erledigen, denn die Umstrukturierung der ADD ist erst 2011 abgeschlossen. Viele Planstellen in den Ministerien und bei der ADD sind bereits abgebaut worden.

Andere Bundesländer sind mutiger. Niedersachsen zum Beispiel setzt auf eine zweigliedrige Verwaltung.

Auf dem Papier sieht das gut und mutig aus. Dabei sind die Leute immer noch da und nur auf die Behörden verteilt worden. Da arbeiten jetzt viele Landesbeamte in Kreisbehörden

– recht ungeordnet. Das wollen wir nicht.

Aber gibt es nicht zu viel Bürokratie?

Das mag im Einzelfall die Erfahrung sein. Aber insgesamt ist das zu einfach gedacht. Es geht doch gar nicht ohne Bürokratie. Bürokratie ist Grundlage rechtsstaatlicher Verfahren. Und wir haben bei uns im Land die schnellsten Genehmigungsverfahren, sodass ich das gelassen sehe. Häufig genug bekommen wir auch Vorgaben aus Brüssel, die wir umsetzen müssen. Gerade erst ist uns eine neue Hufeisenverordnung auf den Tisch geflattert.

Insgesamt herrscht der Eindruck, dass die Kommunal- und Verwaltungsreform kein großer Wurf wird.

Was ist denn ein großer Wurf? Nur noch 100 statt 163 Verbandsgemeinden? Für mich ist die Zahl unerheblich. Meine Definition eines großen Wurfs lautet: Ich werde eine Liste vorlegen, die alle mittragen können und mit der ich guten Gewissens vor die Menschen treten kann. Diese Reform muss politisch halten. Deshalb setze ich auf größtmöglichen Konsens und die breite Beteiligung der Bürger.

■ Das Gespräch führte Frank Giarra